



Foto: Angie Ehinger

# ABNUTZUNGSKRIEG UM DAS KOMMANDO SPEZIALKRÄFTE

## Strafe statt Finderlohn für fehlende Munition

**E**iner der wenigen Elitverbände der Bundeswehr kommt aus dem politischen Kreuzfeuer nicht heraus. Nach dem öffentlichen Wirbel des Jahres 2020 um rechtsextreme Einstellungen, die zur Auflösung der 2. Kompanie geführt haben, wurde dem Kommando Spezialkräfte (KSK) eine Frist zur Selbstreinigung zugestanden. Größere Mengen Sprengstoff und Munition galten seither als vermisst. Das Rätsel ist nun in Teilen gelöst, das „Wie“ gerät zum Verdruss.

Mit einer Aktion Fundmunition hat sich das Kommando ein dickes Ei ins eigene Nest gelegt. Der Kommandeur des Verbandes hatte es zugelassen, dass beiseite geschaffte Munition und Sprengmittel anonym abgegeben werden konnten. Zehntausende Munitionsartikel kamen dabei zusammen. Offenbar waren im KSK über Jahre hinweg die Sprengmittel- und Munitionsbestände nicht ordnungsgemäß verwaltet worden. In einem Bericht zur Munitionsaffäre sprach Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer von einem „grob fahrlässigen Umgang mit Munition auf allen Ebenen des KSK“. Der Kommandeur des Verbandes habe die anonyme Abgabe von angeblicher Fundmunition eigenmächtig und ohne Absprache mit anderen Dienststellen organisiert. Dies sei „beispiellos und wird den Anforderungen an den sachgerechten und sicheren Umgang mit Munition und die Dienstaufsicht ... nicht gerecht“.

Heeresinspekteur Generalleutnant Alfons Mais stellte die jahrelange Vorgeschichte im Kommando wie folgt dar: Dauernde Einsätze, fehlende Regeneration, falsche Organisation, Personallücken sowie „nicht vorhandene Überdruckkompensation“ hätten unklare Zustände begünstigt. Es habe sich ein Klima gebildet, „in dem Einzelne und Gruppen von Angehörigen des KSK in ihren Einstellungen und ihrer fachlichen Aufgabenwahrnehmung offensichtlich Orientierung, Maß und Mitte verloren haben“. Bei alledem sollte nach General Mais aber gelten, „die militärische Fähigkeit des KSK als strategische Fähigkeit nicht infrage zu stellen“. „So speziell wie nötig, so normal wie möglich“ lautete seine Zusammenfassung. Aber: Jede einzelne Dienstpflichtverletzung, jedes individuelle Fehlverhalten müsse nun auf allen Ebenen aufgearbeitet werden, disziplinarrechtlich und, wo strafrechtlich relevant, durch Staatsanwaltschaften. Den Elefanten, der dabei im Raum stand, sprach der Inspekteur aber wohlweislich nicht an.<sup>1</sup>

### Elefant im Raum

Seit ihrer Gründung ist es eine ungelöste Frage, ob die Bundeswehr vom Krieg oder vom Frieden her gedacht werden soll. Der Militärgeschichtler Sönke Neitzel sieht das westdeutsche Militär mit dieser doppelten Ambivalenz von Anfang an konfrontiert (siehe hierzu auch die Buchbesprechung zu Sönke Neitzels DEUTSCHE KRIEGER, Seite 60). Zugespitzt: Im KSK stoßen der Kriegseinsatz in Afghanistan und der Friedensbetrieb in der Kaserne mit voller Wucht aufeinander. Einerseits der mehr oder weniger freihändige Einsatz von Waffen und Munition an militärischen Brennpunkten dieser Erde, andererseits der sorgfältige Nachweis jedes einzelnen Schusses in einer Schießkammer. Aus einem Kriegseinsatz heimkehrende Soldaten haben sich auf das in der Kaserne wieder geltende Millimetermaß in der Anwendung zahlloser Vorschriften umzustellen. Vorher gelten andere Prioritäten: Bestehen im Kampf und unbeschadete Heimkehr statt das Führen von Munitionsverbrauchslisten. Genau hier setzt das Problem an. Die Soldaten des KSK waren seit Jahren immer wieder im Kriegseinsatz. Im Laufe der Zeit dürfte sich der laxer Umgang im Einsatz mit Sprengstoff- und Munition in den Heimatsstandort fortgepflanzt und die gebotene Sorgfalt gelitten haben. Wie könnte es sonst sein, dass im letzten Jahr über 40.000 Schuss Munition und 62 Kilogramm Sprengstoff nicht nachgewiesen werden konnten? Es darf vermutet werden, dass die Vorgesetzten aller Ebenen mindestens im KSK davon gewusst und diesen Zustand stillschweigend geduldet haben. Kramp-Karrenbauer sprach von einer „Kultur der Schlamperei“, die beim Verband geherrscht habe. Nachdem in der Friedens-Bundeswehr ziemlich viel ziemlich bürokratisch geregelt ist stellt sich auch die Frage, warum bei den regelmäßigen Kontrollen der Munitions- und Waffenbestände über lange Jahre offenbar keine größeren Defizite erkannt worden sind. Andernfalls hätte es bereits sehr viel früher entsprechende Alarmzeichen geben müssen. Kriegs- und Friedensbedingungen geben sich also im KSK in der Person des einzelnen Soldaten die Klinke in die Hand.

Damit keine Missverständnisse aufkommen, Waffen, Sprengstoff und Munition haben in unbefugten Händen nichts verloren. Damit kein Unfug mit Kriegsmaterial angestellt werden kann, ist Sorgfalt geboten. Aber im Krieg herrschen nun einmal andere Verhältnisse als im tiefen Frieden einer deutschen Kaserne. Das offenkundige Versagen über lange Jahre hatte viele Väter, diese sollten sich aber nun nicht in die Büsche schlagen. Einerseits geht an der Aufarbeitung von Dienstpflichtverletzungen und möglichem individuellen

<sup>1</sup> Der Elefant im Raum ist eine ursprünglich russische Metapher. Damit wird ein offensichtliches Problem bezeichnet, das zwar für jedermann sichtbar ist, aber dennoch aus Angst vor persönlichen Nachteilen oder um ein Tabu nicht zu brechen verschwiegen wird.

Fehlverhalten – bei Bedarf auch durch die Justiz – kein Weg vorbei. Andererseits ist es angesichts der Vorgeschichte einfach zu billig, nach Aufarbeitung zu rufen, ohne sich an die eigene Brust zu klopfen. Und dies gilt für alle Vorgesetzten ins rauf ins Ministerium, die die Dienstaufsicht auszuüben hatten.

## Umgang mit Kriegsmaterial

Wie aber nun die Situation bereinigen, wenn anzunehmen ist, dass unregistriertes Kriegsmaterial in der Kaserne herum vagabundiert? Die verantwortlichen Vorgesetzten werden sich diese Frage gestellt haben. Auch wenn es weh tut: Die gefundene Lösung mit der anonymen *Aktion Fundmunition* war ganz sicher die falsche.

Wie einfältig muss man eigentlich sein, um in einer von Politik und Medien auf das genaueste beobachteten Lage anonyme Munitionsabgabeboxen einzurichten? Scharfe Munition und Pazifismus vertragen sich nicht, KSK und Friedensgesellschaft offensichtlich genauso wenig. Die Sportschützen im BSB wissen ein Lied davon zu singen, wie Waffen und Munition in unserer Gesellschaft in den vor-kriminellen Raum gestellt werden. Das kann am KSK nicht vorbeigegangen sein. Auch wenn im Nachhinein leichter zu urteilen ist als in einer Konfliktsituation verantwortlich zu handeln: was wäre die Alternative gewesen? Nach Lage der Dinge hätte es nach dem Offenbarungseid rechtsextermer Vorfälle und verschwundener Munition und Sprengstoff nur eine adäquate Vorgehensweise geben dürfen: Aufforderung zur Abgabe und Durchsuchung aller Örtlichkeiten wie auch verdächtigen Personen. Mit 62 Kilogramm Sprengstoff können Brücken gesprengt werden, nicht nur militärische Organisationen. Ein konsequentes Vorgehen mit einem sorgfältigen Blick in jeden Winkel wäre angezeigt gewesen. Mit diesem Vorgehen hätte man es sich ggf. leisten können, bei der Ahndung des Verhaltens des Einzelnen einen eher großzügigen Maßstab anzulegen. Das wäre in Anbetracht der Umstände eher vermittelbar gewesen, eine anonyme Munitionsabgabe ist es nicht. Ein derart Vorschriften ferner Umgang mit Kriegsmaterial ist nicht akzeptabel. Die Verantwortlichen im KSK mussten wissen, dass Verhaltensweisen im kriegerischen Auslandseinsatz im Friedensbetrieb zu Hause nicht toleriert werden können.

Eine neue Erfahrung ist nun, wie Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer nach Bekanntwerden der Munitions-Sammelaktion trotz aller öffentlichen Empörung reagiert hat. Sie ließ Augenmaß walten und kündigte die vollständige Aufklärung der Vorwürfe nach Recht und Gesetz an. So wie es sich gehört. Bei ihrer Vorgängerin wäre das noch ganz

anders abgelaufen: Es wären ohne viele Federlesens – so ist zu unterstellen – öffentlichkeitswirksame Strafaktionen angekündigt und Absetzungen verfügt worden.

## Wozu Streitkräfte?

Die Entscheidung mit Augenmaß verschaffte der Ministerin aber die Kritik der Opposition. FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann beispielsweise klagte, die Ministerin habe „erneut die Chance verpasst, die Karten auf den Tisch zu legen. Die Verantwortlichen für die schlimmen Entwicklungen beim KSK sind anscheinend seit Jahren bekannt.“ Das sogenannte „System KSK“ müsse „von oben nach unten aufgeräumt werden“. Klug sprach sie, die Frau

KSK-Wappen © Bundeswehr



Abgeordnete, aber ihre Vorschläge, hinter jeden KSK-Soldaten einen Ministerialen oder Bundestagsabgeordneten zu stellen, sind so weltfremd, wie sie es nur sein können. Hatte Strack-Zimmermann doch tatsächlich gefordert, das KSK direkt dem Ministerium zu unterstellen. Ausgerechnet die Soldaten, die mit Jahrzehnte erfahrenen Kommandotruppen der Alliierten in den Kriegseinsatz ziehen, mit ministeriellen Methoden der Einrichtung von Arbeitskreisen führen zu wollen, zeugt vom völligen Unverständnis der Situation. Dies legt Zeugnis ab von der Unfähigkeit, zwischen Frieden und Krieg unterscheiden zu können.

Es ist endlich die Frage zu beantworten, wozu die Bundesrepublik Deutschland überhaupt Streitkräfte benötigt. Sollen diese tatsächlich fähig sein, intensive Gefechte gegen hochgerüstete Gegner zu führen? Will man tatsächlich demokratische Krieger? Wenn dem so ist, darf die Armee nicht nur aus der Perspektive außen- und innenpolitischer Zweckmäßigkeiten betrachtet werden, sondern ist als militärisches Projekt ernst zu nehmen, schreibt Sönke Neitzel. Daran mangelt es unserer vorgeblichen Parlamentsarmee. Die Parlamentarier wollen den Elefanten im Raum nicht wahrhaben: eine Armee ist auch unter dem Primat der Politik am Ende des Tages zur Kriegführung da. Das Jahrzehnte lange Darumherumgerede mit der Einstufung unserer Bundeswehr als brunnenbohrendes Technisches Hilfswerk hat die Wirklichkeit vernebelt. Das bekommt weder unserem Land noch der Politik. Und unseren Soldaten schon gleich gar nicht.

In Treue fest!

Richard Drexler  
Oberst a.D.